Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5749**

14. Wahlperiode 03. 04. 2001

Antrag

der Abgeordneten Erich G. Fritz, Gunnar Uldall, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Hansjürgen Doss, Albrecht Feibel, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Dr. Jürgen Gehb, Kurt-Dieter Grill, Ernst Hinsken, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Ulrich Klinkert, Dr. Martina Krogmann, Dr. Norbert Lammert, Vera Lengsfeld, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Elmar Müller (Kirchheim), Bernd Neumann (Bremen), Friedhelm Ost, Dr. Bernd Protzner, Thomas Rachel, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Dietmar Schlee, Max Straubinger, Andrea Voßhoff, Matthias Wissmann, Dagmar Wöhrl und der CDU/CSU-Fraktion

Für den Erhalt von Hermes als Instrument der Außenwirtschaftsförderung und eine Reform des Hermes-Instruments im internationalen Rahmen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ausfuhrgewährleistungen des Bundes (Hermes-Deckungen) haben sich in den vergangenen mehr als 50 Jahren zu einem bedeutenden und effizienten Mittel der Exportförderung entwickelt. Sie sind für deutsche Unternehmen zu einem unverzichtbaren Instrument zur Absicherung ihrer Exporte gegen politische und wirtschaftliche Risiken in unterentwickelten und risikoreichen Regionen der Welt geworden.

Wie attraktiv Hermes als Instrument der deutschen Außenwirtschaftsförderung ist, beweist das Jahr 2000, in dem im Geschäft mit Hermes-Bürgschaften ein Überschuss von 67 Mill. DM erzielt wurde. Insgesamt übernahm der Bund im vergangenen Jahr Bürgschaften in Höhe von 38,1 Mrd. DM, was rund 3,3 % des gesamten deutschen Exports entspricht. Einer Studie der Prognos AG vom Dezember 2000 zufolge werden allein durch Hermes zwischen 140 000 und 260 000 Arbeitsplätze in Deutschland gesichert.

Vor diesem Hintergrund gilt es, darauf hinzuwirken, dass Hermes-Deckungen als Instrument der Außenwirtschaftsförderung erhalten bleiben. Nur so kann Hermes den Zugang der deutschen Industrie zu den Märkten der Schwellen- und Entwicklungsländer ermöglichen, dem deutschen Mittelstand eine effiziente Form der Exportförderung bieten sowie dem Ziel der staatlichen Ausfuhrgewährleistung gerecht werden, den Export zu fördern und damit weiterhin Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern.

Die Praxis, bei der Vergabe staatlicher Bürgschaften für Exporte nicht nur geschäftliche Risiken, sondern auch die Folgen für Umwelt, Soziales und Entwicklungspolitik zu prüfen, hat sich bereits bewährt. Das Hermes-Instrument sollte daher nicht durch die in den neuen Umweltleitlinien der rot-grünen Bundesregierung aufgestellte Forderung, bei allen Hermes-Anträgen verstärkt umwelt-, sozial- und entwicklungspolitische Kriterien zu berücksichtigen, überfordert werden. Hermes muss vielmehr auch in Zukunft ein Instrument der Wirtschafts- und Exportförderung bleiben. Es sollte kontinuierlich weiterentwickelt werden, ausgerichtet am Bedarf der Exportwirtschaft und international koordiniert mit den Partnerländern in der OECD.

Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf:

1. dafür einzutreten, dass die Hermes-Ausfuhrgewährleistungen des Bundes ein praktikables Instrument der Außenwirtschaftsförderung bleiben.

2. vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung und der damit einhergehenden Verschärfung des internationalen Wettbewerbs jegliche Reform des Instruments im internationalen Rahmen durchzuführen, da nationale Alleingänge aufgrund der bereits existierenden hohen Standards erhebliche Wettbewerbsnachteile für die deutsche Exportwirtschaft mit sich bringen würden.

3. angesichts der hohen deutschen Umweltstandards im internationalen Vergabeverfahren auf eine Harmonisierung der staatlichen Exportkreditversicherung zu drängen.

4. auf OECD-Ebene für eine Beschleunigung der Verhandlungen über die Entwicklung gemeinsamer Umweltleitlinien einzutreten sowie aktiv an den Verhandlungen und der Arbeit der OECD-Working Party on Export Credits and Export Credit Guarantees mitzuwirken.

5. bei den Verhandlungen über die Entwicklung von Umweltleitlinien auch die Erfahrungen der US Export-Import-Bank (Ex-Im-Bank) zu berücksichtigen, die in ihren neuen Richtlinien Umweltkriterien vorsieht.

6. sich für den Erhalt einer flexiblen und unbürokratischen Handhabung bei der Vergabe von Hermesbürgschaften einzusetzen, damit sich die deutschen Unternehmen mit ihren Produkten und hohen technologischen Standards auf den Weltmärkten behaupten können.

7. darauf hinzuwirken, dass Projektprüfungszeiträume, die sich in Deutschland bereits heute sehr langwierig gestalten, nicht weiter in die Länge gezogen werden und damit zu einer Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vor allem mittelständischer Exportunternehmen führen.

8. auf internationaler Ebene mehr Transparenz zu schaffen durch die Erstellung einer im Internet veröffentlichten Liste über Großprojekte durch die OECD-Mitglieder in freiwilliger und anonymisierter Form.

9. auf nationaler Ebene die Transparenz zu erhöhen durch die zeitnahe Veröffentlichung von Entscheidungen des Interministeriellen Ausschusses (IMA) durch das Bundeswirtschaftsministerium und durch eine frühzeitige und umfassende Information der Bundestagsausschüsse, deren Ressorts im IMA vertreten sind.

Berlin, den 3. April 2001

Erich G. Fritz
Gunnar Uldall
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Hansjürgen Doss
Albrecht Feibel
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Dr. Jürgen Gehb
Kurt-Dieter Grill
Ernst Hinsken
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Ulrich Klinkert
Dr. Martina Krogmann
Dr. Norbert Lammert
Vera Lengsfeld
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Elmar Müller (Kirchheim)
Bernd Neumann (Bremen)
Friedhelm Ost
Dr. Bernd Protzner
Thomas Rachel
Hans-Peter Repnik
Dr. Heinz Riesenhuber
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Hartmut Schauerte
Karl-Heinz Scherhag
Dietmar Schlee
Max Straubinger
Andrea Voßhoff
Matthias Wissmann
Dagmar Wöhrl
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333